



REGLEMENT

über die Führung der Freizügigkeitskonten

Gültig ab 01.01.2013

Die männliche Form umfasst auch die weibliche.

Art. 1 Träger, Sitz und Aufsicht

- Träger ¹ Träger der in diesem Reglement umschriebenen Vorsorge ist die Schweizerische Sozialpartner-Stiftung für die Auffangeinrichtung gemäss Artikel 60 BVG (Stiftung Auffangeinrichtung BVG), nachstehend "Stiftung" genannt.
- Sitz und Aufsicht ² Die Stiftung hat ihren Sitz in Zürich. Sie untersteht der Aufsicht der Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge.

Art. 2 Zweck

Die Stiftung nimmt Freizügigkeitsleistungen von Personen entgegen, die:

- a. ihre Vorsorgeeinrichtung verlassen und dieser keine Mitteilung über die Verwendung ihrer Freizügigkeitsleistung hinterlassen;
- b. ihre ehemalige Vorsorgeeinrichtung oder Freizügigkeitseinrichtung mit der Überweisung ihrer Freizügigkeitsleistung an die Stiftung beauftragen.

Art. 3 Eingetragene Partnerschaft

Die eingetragene Partnerschaft gemäss dem Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare vom 18.06.2004 ist der Ehe gleichgestellt. Entsprechend gelten die Bestimmungen dieses Reglements, die sich auf Ehegatten beziehen, gleichermaßen auch für in eingetragener Partnerschaft lebende Kontoinhaber/Kontoinhaberinnen.

Art. 4 Eröffnung und Führung des Freizügigkeitskontos

Die Stiftung eröffnet und führt für die ihr überwiesenen Freizügigkeitsleistungen ein auf den Namen des Kontoinhabers/der Kontoinhaberin lautendes verzinsliches Konto.

Art. 5 Verzinsung

Der Stiftungsrat legt den Zinssatz fest. Der Zins wird jährlich am 31. Dezember gutgeschrieben. In Abweichung davon wird bei einer unterjährigen Auflösung des Freizügigkeitskontos der Zins bis zum Auflösungsdatum gutgeschrieben.

Art. 6 Überweisung an eine neue Vorsorgeeinrichtung oder an eine andere Freizügigkeitseinrichtung

Auf Verlangen des Kontoinhabers/der Kontoinhaberin wird die Freizügigkeitsleistung an eine neue Vorsorgeeinrichtung in der Schweiz oder im Fürstentum Liechtenstein oder an eine andere Freizügigkeitseinrichtung (Freizügigkeitskonto/Freizügigkeitspolice) überwiesen.

Art. 7 Barauszahlung der Freizügigkeitsleistung

- Voraussetzungen ¹ Der Kontoinhaber/die Kontoinhaberin kann die Barauszahlung der Freizügigkeitsleistung verlangen, wenn:
- a. er/sie die Schweiz endgültig verlässt;
 - b. er/sie eine selbständige Erwerbstätigkeit aufnimmt und nicht mehr der obligatorischen beruflichen Vorsorge untersteht;
 - c. die Freizügigkeitsleistung weniger als sein/ihr Jahresbeitrag beträgt.

Die Barauszahlung gemäss Buchstabe a ist unzulässig, wenn der Kontoinhaber/die Kontoinhaberin die Schweiz endgültig verlässt und im Fürstentum Liechtenstein wohnt. Der Kontoinhaber/die Kontoinhaberin kann die Barauszahlung im Umfang des vorhandenen BVG-Anteils der Freizügigkeitsleistung nicht verlangen, wenn er/sie nach den Rechtsvorschriften eines EU/EFTA-Staates für die Vorsorgefälle Alter, Tod und Invalidität weiterhin obligatorisch versichert bleibt.

Nachweis

- ² Er/sie hat folgende Nachweise einzureichen:
- a. bei endgültigem Verlassen der Schweiz die Abmeldung bei der Einwohnerkontrolle;
 - b. bei Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit die Bestätigung der zuständigen AHV-Ausgleichskasse.

Die Stiftung kann gleichwertige Dokumente annehmen und bei Bedarf weitere verlangen.

Art. 8 Auszahlung der Freizügigkeitsleistung im Alter

Die Freizügigkeitsleistung wird spätestens fünf Jahre nach Erreichen des AHV-Pensionsalters an den Kontoinhaber/die Kontoinhaberin ausbezahlt, auf Verlangen frühestens fünf Jahre vor Erreichen des AHV-Pensionsalters.

Art. 9 Auszahlung der Freizügigkeitsleistung bei Invalidität

Auf Verlangen des Kontoinhabers/der Kontoinhaberin wird die Freizügigkeitsleistung vorzeitig ausbezahlt, wenn dieser/diese eine volle Invalidenrente der Eidgenössischen Invalidenversicherung bezieht.

Art. 10 Auszahlung der Freizügigkeitsleistung im Todesfall

Anspruchsberechtigte Personen

- ¹ Stirbt der Kontoinhaber/die Kontoinhaberin, haben unabhängig vom Erbrecht folgende Personen Anspruch auf die Freizügigkeitsleistung:
- a. der überlebende Ehegatte, die Kinder des Kontoinhabers/der Kontoinhaberin, die Anspruch auf eine Waisenrente im Sinne des Bundesgesetzes über die berufliche Vorsorge haben, sowie der geschiedene Ehegatte, sofern die Ehe mindestens zehn Jahre gedauert hat und im Scheidungsurteil eine Rente, welche im Zeitpunkt des Todes noch geschuldet ist, oder eine Kapitalabfindung für eine lebenslängliche Rente zugesprochen wurde;
 - b. bei deren Fehlen die natürlichen Personen, die von dem Kontoinhaber/der Kontoinhaberin in erheblichem Masse unterstützt worden sind, oder die Person, die mit diesem/dieser in den letzten fünf Jahren bis zu seinem Tod ununterbrochen eine Lebensgemeinschaft geführt hat oder die für den Unterhalt eines oder mehrerer gemeinsamer Kinder aufkommen muss;
 - c. bei deren Fehlen die Kinder des verstorbenen Kontoinhabers/der verstorbenen Kontoinhaberin, die keinen Anspruch auf eine Waisenrente im Sinne des Bundesgesetzes über die berufliche Vorsorge haben;
 - d. bei deren Fehlen die Eltern;
 - e. bei deren Fehlen die Geschwister;
 - f. bei deren Fehlen die übrigen gesetzlichen Erben unter Ausschluss des Gemeinwesens.

Bezeichnung der Begünstigten

- ² Der Kontoinhaber/die Kontoinhaberin kann die Ansprüche der Begünstigten näher bezeichnen und den Kreis von Personen nach Absatz 1 Buchstabe a mit solchen nach

Buchstabe b erweitern.

Aufteilung der Freizügigkeitsleistung

³ Die anspruchsberechtigte Person erhält die ganze Freizügigkeitsleistung. Sind mehrere Personen anspruchsberechtigt, so wird das Kapital zu gleichen Teilen ausbezahlt.

Verfall an die Auffangeinrichtung

⁴ Fehlen Anspruchsberechtigte nach Absatz 1, fällt die Freizügigkeitsleistung an die Stiftung.

Art. 11 Zustimmung des Ehegatten

Ist der Kontoinhaber/die Kontoinhaberin verheiratet, so ist die Auszahlung der Freizügigkeitsleistung nur zulässig, wenn der Ehegatte schriftlich zustimmt. Die Stiftung kann eine notarielle Beglaubigung der Unterschriften verlangen.

Art. 12 Abtretung und Verpfändung

Abtretung

¹ Die Freizügigkeitsleistung kann weder verpfändet noch abgetreten werden. Vorbehalten bleibt eine Verpfändung für Wohneigentum zum eigenen Bedarf.

Verpfändung

² Soweit die Freizügigkeitsleistung verpfändet ist, ist für deren Auszahlung die schriftliche Zustimmung des Pfandgläubigers erforderlich.

Art. 13 Wohneigentumsförderung

Die Freizügigkeitsleistung kann bis fünf Jahre vor Erreichen des AHV-Pensionsalters zur Finanzierung von Wohneigentum für den eigenen Bedarf verpfändet oder vorbezogen werden. Vorbezug und Verpfändung richten sich nach einem besonderen Merkblatt der Stiftung.

Art. 14 Kosten

Kosten

¹ Die Stiftung stellt folgende Kosten in Rechnung:

- a. bei einem Vorbezug für Wohneigentum CHF 300;
- b. bei einer Pfandverwertung für Wohneigentum CHF 300;
- c. bei einer Verpfändung für Wohneigentum CHF 100.

Anpassung

² Die Kosten werden vom Stiftungsrat festgesetzt. Sie können jederzeit überprüft und den neuen Gegebenheiten angepasst werden. Eine Änderung wird vor Inkrafttreten mitgeteilt.

Art. 15 Information an den Kontoinhaber/die Kontoinhaberin

Der Kontoinhaber/die Kontoinhaberin erhält jährlich einen Kontoauszug mit den der Stiftung gemeldeten gesetzlichen Werten. Der Kontoauszug gilt als zugestellt, wenn er an die letzte bekannte Adresse geschickt worden ist.

Art. 16 Überweisung an den Sicherheitsfonds

Die Freizügigkeitsleistung wird nach Ablauf von zehn Jahren ab dem AHV-Pensionsalter an den Sicherheitsfonds überwiesen.

Art. 17 Erfüllungsort

Als Erfüllungsort gilt der Wohnsitz der anspruchsberechtigten Person oder ihres Vertreters in der Schweiz oder einem EU-/EFTA-Staat. Bei Fehlen eines solchen Wohnsitzes ist die Freizügigkeitsleistung am Sitz der Stiftung zahlbar. Sie wird in Schweizer Franken erbracht.

Art. 18 Gerichtsstand

Bei Streitigkeiten zwischen der Stiftung und Anspruchsberechtigten ist Gerichtsstand der Sitz der Stiftung oder der schweizerische Wohnsitz der Anspruchsberechtigten.

Art. 19 Änderung des Reglements

Der Stiftungsrat kann dieses Reglement jederzeit ändern.

Art. 20 Massgebender Text

Massgebend ist der deutsche Text des Reglements.

Art. 21 Inkrafttreten

Dieses Reglement wurde vom Stiftungsrat am 06.12.2012 verabschiedet. Es tritt am 01.01.2013 in Kraft und ersetzt alle früheren Ausgaben.